Sonntag, 15. Juli.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.
Wöchentl. Gratisbeilage: „Das Leben im Bild" (Kriegsbilder).
Verlag und Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: Bestellungen mit deutlicher Adressenangabe wolle man richten an die Geschäftsstelle, Königstraße 59.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 208, Geschäftsstelle Nr. 112.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. von 8—1 Uhr, nachm. von 2—7 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 622.

Westfälischer Merkur.

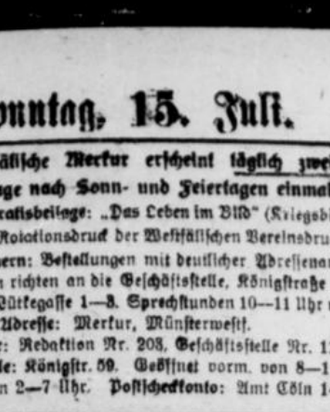
Begründet 1822. Morgen-Ausgabe. 96. Jahrgang.
Erstes Blatt.

1917. — Nr. 355.

Bezugspreis:
Vierteljährlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 3,04 auswärts bei allen deutschen Postämtern ℳ 3,50.
Zweimonatlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 2,06 auswärts durch die Post ℳ 2,34.
Einmonatlich: In Münster ℳ 1,00; auswärts durch die Post (für j. einzelnen Monat d. Vierteljahres zulässig) ℳ 1,17.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, an den Bahnhöfen 2c. das Stück 5 Pfg.
Anzeigenpreis:
Für die Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklamezeile 75 ₰.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Reichskanzler Dr. Michaelis.

WTB. **Berlin, 14. Juli. (Telegr.) Nichtamtlich. Wie verlautet, ist die vom Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg erbetene Entlassung aus seinen Aemtern bewilligt und zu seinem Nachfolger der bisherige Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium und Staatskommissar für Ernährungsfragen Dr. Michaelis ernannt worden. Eine amtliche Nachricht liegt noch nicht vor.**



Dr. Georg Michaelis.

Der neue Reichskanzler Dr. Georg Michaelis steht im 60. Lebensjahr und ist seit 1879 im Staatsdienst. 1884 wurde er Gerichtsassessor, im nächsten Jahre Dozent in Tokio an der Schule deutscher Rechtswissenschaften und Staatswissenschaften. Dann trat er 1889 wieder in den preußischen Justizdienst zurück und wurde 1891 Staatsanwalt in Schneidemühl. 1892 kam er als Regierungsrat nach Trier und von dort 1895 nach Arnsberg. 1897 wurde er zum Ober-Regierungsrat und Dirigenten der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen ernannt. Am 1. November 1900 wurde er Stellvertreter des Regierungspräsidenten von Liegnitz und ging von da 1902 als Oberpräsidialrat nach Breslau. 1905 zum Geh. Ober-Regierungsrat mit dem Range eines Rates zweiter Klasse befördert, wurde er 1909 als Nachfolger von Dombois, der Präsident der Seehandlung wurde, als Unterstaatssekretär unter gleichzeitiger Ernennung zum Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrat in das Finanzministerium berufen. Während des Krieges wurde ihm die Leitung der Reichsgetreidestelle übertragen, deren erfolgreiche Arbeit die Aufmerksamkeit auf ihn lenkte, als die Frage der Ernennung eines Staatskommissars für die preußischen Ernährungsfragen akut wurde. Tatsächlich wurde ihm dann auch im Februar d. Js. dieses Amt übertragen.

Aus den vorstehenden Angaben läßt sich ersehen, daß der neue Reichskanzler für sein Amt eine vielseitige Vorbildung und reiche Kenntnisse mitbringt. Aber auch seine Charaktereigenschaften lassen ihn gerade in der gegenwärtigen schweren Zeit als den rechten Mann auf dem rechten Posten erkennen; diese sind neben ernstem hohen Pflichtgefühl und tiefer Vaterlandsliebe vor allem unbeugsame Energie in der Verfolgung des Notwendigen und für recht Erkannten. Am klarsten traten sie hervor in seiner ersten Rede im Abgeordnetenhause am 7. März d. Js., nach der Uebernahme seine Amtes; sie sind so charakteristisch, daß wir einiges daraus hier nochmals wiedergeben:

Staatssekretär Dr. Michaelis führte damals aus: Das mir übertragene Amt ist aus der schwersten Sorge geboren, in der wir in unseren Ernährungssorgen leben, die Sorge ist nicht bloß gegenwärtig so ganz besonders schwer, weil die Witterungsverhältnisse unsere ganze Belieferung verschoben haben und dadurch in der Tat eine Not eingetreten ist, wie sie, insbesondere in den großen Industriezentren, schwerer kaum gedacht werden kann, sondern unsere Sorge richtet sich auf das ganze Jahr. Wir haben damit zu rechnen, daß die am 15. Januar gemachte Bestandsaufnahme nicht das Ergebnis haben wird, wie viele hofften, daß die nachzuprüfenden Schätzungen vom Oktober zu gering seien, und daß ein Plus herauskommen würde. Wenn das aber der Fall ist — und damit rechne ich —, dann werden wir in der Tat vor ein ganz besonders schwieriges Vorgehen, besonders durchgreifende Maßnahmen gestellt werden, um das selbstverständlich zu erreichende Ziel des Durchhaltens wirklich zu erreichen. . . . Wir haben im dritten Kriegsjahr die Beobachtung gemacht, daß die allgemeine Stimmung bei allen Teilen der Bevölkerung dieser ernsten Sorge gegenüber nicht die Standhaftigkeit bewiesen hat, die man erhoffen mußte. Das ist menschlich, aber in hohem Grade bedauerlich und kann von den schwersten Folgen sein. Wir haben bei den Städten nicht mehr die straffe Aufsicht gefühlt, die für die Verwaltung von Nahrungsmitteln unbedingt nötig ist. . . . Es handelt sich nun selbstverständlich darum, zuzufassen, solange es Zeit ist, und mit der überhaupt möglichen Kraft und Schärfe zuzufassen. Der Staatskommissar, der dazu da ist, hat in erster Linie ein Amt der Exekutive auf diesem Gebiet und es besteht dabei nicht der geringste Widerstreit zwischen einem anderen Ressort und etwa meiner Stellung. Denn darin sind doch selbstverständlich alle Ressorts — wie ja auch selbstverständlich alle Einwohner des Landes, wenn sie erst den Ernst der Situation erkannt haben — einig, daß etwas geschehen muß. Wer wollte dem widersprechen! Wer will mir in den Arm fallen? (Sehr gut! links.) Wer würde mir mit Erfolg in den Arm fallen, wenn ich meine Pflicht auf diesem Gebiete tue? (Beifall links.) Ohne schwere Eingriffe wird das selbstverständlich nicht möglich sein. . . . Wenn es sich darum handeln wird, jetzt für die Ernährung alles . . . zuziehen, außer dem, was wir schon erfaßt haben, wenn etwa in ganz anderer Weise als bisher das nicht der Beschlagnahme Unterliegende herangezogen werden soll — ich erinnere etwa an die Hülsenfrüchte —, wenn die zu meiner Freude noch vorhandenen Reserven im Lande für die Allgemeinheit dienstbar gemacht werden sollen, insbesondere für die Speisungen in den großen Städten erwertet werden sollen, dann muß ich meine Stimme selbstverständlich dahin richten, irgendwie bestehende Rücksichten gegen weitere Einschränkungen in ländlichen Kreisen beiseite zu schieben. . . . Es wird, wie es bereits durch den Besuch von mehreren Provinzen geschehen ist, die Anregung und unter Umständen der bindende Wille maßgebend sein, das zu erreichen, was wir nötig haben. Vor uns steht der Gedanke, was werden sollte, wenn das nicht gelänge. Der Gedanke kann gar nicht ausgedacht werden. Das grausige Elend, das wäre, wenn wir mit einem Male im Laufe der letzten Monate des Betriebsjahres merkten, es reicht nicht, es geht nicht, durchzuhalten, — das Elend, was dann käme, das ist nicht zu beschreiben. Und darum stellen wir diesen Gedanken beiseite und stellen den Gedanken in den Vordergrund, den wir brauchen, damit wir arbeitsfreudig bleiben, damit wir von uns das Gefühl der Sicherheit und Beruhigung in die hineinbringen können, die es von der Regierung erwarten. Das ist der Sieg auch auf dem inneren Gebiete. Dieser Sieg auf innerem Gebiete steht mir vor Augen und meine volle, schwere Verantwortung vor Gott und dem Volke, weiter nichts, und Sie können es mir glauben: Mich beirrt keiner. Wer mich kennt, der weiß das. Ich übernehme kein Amt, das ein Schwert ist ohne Schärfe (Beifall), und behalte auch kein Amt, wenn mir irgendwer versuchen sollte, das Schwert stumpf zu machen. (Beifall.) Sondern ich will im Ausblick auf den, der mir und dem deutschen Volke hilft, das Amt durchhalten, das Meine dazu beitragen, daß wir auf dem Gebiete unseres innerlichen wirtschaftlichen Kampfes den Sieg davontragen.

Aus der mit großer Offenheit vorgetragenen Rede, die damals großes Aufsehen bei allen Parteien erregte, kann man schließen, daß Reichskanzler Dr. Michaelis vor Schwierigkeiten nicht zurückschreckt und ihnen zu begegnen wissen wird. Diese Eigenschaft ist aber gerade in der Gegenwart am meisten vonnöten, da der Weltkrieg jetzt seiner letzten Entscheidung entgegengeht. Welche Stellung Herr Michaelis den einzelnen politischen Parteien gegenüber einnimmt, wird die Zukunft zeigen müssen, da er bislang in dieser Beziehung noch nicht hervorgetreten ist. Wenn er jetzt als erster bürgerlicher Reichskanzler durch das Vertrauen des Kaisers in sein hohes Amt berufen ist, so wird ihm auch das Vertrauen des Volkes nicht fehlen, das seine Ernennung mit dem Wunsche begleitet, des neuen Reichskanzlers Tätigkeit möge dem Vaterlande zum Wohle und Segen gereichen und ihr der Erfolg des Abschlusses eines glücklichen und ehrenvollen Friedens beschieden sein.

*

Tu. **Köln**, 14. Juli. **(Telegr.)** Die „Kölnische Zeitung" bringt an der Spitze ihrer Mittagausgabe in Fettdruck folgende Meldung aus Berlin: **Die Entscheidung** über das, soviel wir wissen, gestern früh dem Kaiser überreichte Entlassungsgesuch des Reichskanzlers ist **im Laufe des gestrigen Tages gefallen.**

*

Der Nachfolger Zimmermanns?

Tu. **Berlin**, 14. Juli. **(Telegr.)** Laut „B. Z." wird als Nachfolger des Staatssekretärs des Auswärtigen Dr. Zimmermann der **Gesandte in Kopenhagen Graf Brockdorff-Rantzau genannt.**

*

Die Parteiführer bei Hindenburg.

BB. **Berlin**, 14. Juli. Vor dem Generalstabsgebäude im Tiergarten hatte sich, dem „Lok.-Anz." zufolge, von nachmittags 4 Uhr ab eine außerordentlich starke Menschenmenge angesammelt, um den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der dort Aufenthalt genommen hatte, zu begrüßen. Um 6 Uhr fand die Besprechung des Generalfeldmarschalls mit den Fraktionsführern statt. In dem erleuchteten Zimmer des ersten Stockes konnte man wiederholt die hohe Gestalt des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg von der Straße aus erblicken. Um 9 Uhr fuhr ein Kriegsautomobil vor dem Hauptportal des Generalstabsgebäudes vor und bald darauf trat der Generalfeldmarschall, gefolgt von Frau und Tochter, heraus. Das Publikum umjubelte ihn und brachte ein Hoch nach dem andern aus. „Einen guten Frieden, Exzellenz!" riefen zahlreiche Stimmen. Der Generalfeldmarschall, der sehr frisch und gesund aussah, dankte freundlich nach allen Seiten hin und trat mit seiner Familie eine kurze Erholungsfahrt durch den Tiergarten an.

Ueber die Zusammenkunft der Fraktionsführer bei Hindenburg teilt das „Berl. Tagebl." noch mit, daß, da die Zeit Hindenburgs knapp bemessen war, 15 Minuten für jede einzelne Unterredung festgesetzt wurden. Zunächst sprachen die Fortschrittler Payer und Fischbeck, dann die Konservativen und Nationalliberalen. Schließlich kamen die Abgeordneten der Sozialdemokraten und des Zentrums an die Reihe. Es war inzwischen, da die verabredeten Minuten mehrfach überschritten wurden, spät geworden und die Führer des Zentrums und der Sozialdemokraten mußten deshalb zusammen empfangen werden. In diesem Gespräche wurde die Frage des Kanzlerwechsels, wie das „Berl. Tagebl." erfährt, nicht berührt. Hindenburg und Ludendorff hatten nur den Wunsch, mit den Parteiführern die Friedensresolution zu besprechen, die in der gemeinsamen Parteikonferenz angenommen worden ist. Sie gaben den Abgeordneten ein Bild der Lage an den Fronten und der militärischen Gesamtsituation und wiesen auf die völlig uneingeschränkte Schlagkraft der Armee und auf den sehr günstigen Stand der Dinge hin.

Die Konferenz zur „Revision der Kriegsziele".

Tu. **Stockholm**, 14. Juli. **(Telegr.) Die Pariser Konferenz der Entente-Regierungen** über die von Rußland verlangte **Revision der Kriegsziele** beginnt, nach hier eingelaufenen Meldungen, **am 13. Juli.**

Tu. **Kopenhagen**, 14. Juli. **(Telegr.)** „National Tidende" meldet aus London: In der gestrigen Unterhaussitzung erklärte **Minister Cecil**, die englische Regierung habe bereits die russische Regierung von ihrer **Geneigtheit** unterrichtet, **wegen einer Revision der Kriegsziele der Entente zu unterhandeln**, und unterhandele mit den Alliierten über die Art, wie eine solche Verhandlung stattfinden könne.

*

Die internationale sozialistische Konferenz in Stockholm.

WTB. **Stockholm**, 14. Juli. **(Telegr.)** Das **Organisationsbureau der internationalen sozialistischen Konferenz** veröffentlicht seine **Einladung zu der internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm am 15. August** und den folgenden Tagen. In dieser Einladung wird festgestellt, daß der **Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg die Initiative ergriffen habe**, um unter dem Banner der russischen Revolution eine internationale Konferenz des Weltsozialismus einzuberufen. Dieser Vorschlag habe die Zustimmung des **Kongresses der Delegiertenräte** ganz Rußlands gefunden. Er gehe darauf aus, alle Kräfte des internationalen Proletariats zu vereinigen, um einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu erlangen. Die Abordnung der Räte Rußlands versicherte sich tätiger Mitarbeit des holländisch-skandinavischen Ausschusses und errichtete mit ihm zusammen ein Organisationsbureau. Beide zusammen laden daher alle dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Parteien sowie die während des Krieges dem Berner Ausschuß beigetretenen Gruppen, also die Mehrheiten ebenso wie die Minderheiten, ein. Das **vorläufige Programm der Konferenz** ist folgendermaßen festgesetzt: 1. Weltkrieg und Internationale. 2. Das Friedensprogramm der Internationalisten. 3. Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur raschen Beendigung des Krieges. — Die einzelnen Organisationen, die teilzunehmen wünschen, werden gebeten, sich schriftlich an das Organisationsbureau der internationalen Konferenz in Stockholm, Upplandsgatan 14, rechtzeitig vor dem 5. August zu wenden. Die Einladung ist unterzeichnet von den Delegierten des Kongresses der Räte der Arbeiter und Soldaten Rußlands und den Mitgliedern des holländisch-skandinavischen Ausschusses. Zum Schluß stellt das Schriftstück noch fest, daß es leider nicht gelungen ist, die Mitwirkung des internationalen sozialistischen Ausschusses von Bern an den vorbereitenden Arbeiten für die allgemeine Konferenz zu erlangen. Die Zimmerwalder Konferenz, die die Frage der Teilnahme an der allgemeinen Konferenz behandeln werde, solle fünf Tage vor dem Zusammentritt dieser Konferenz stattfinden.

Die französischen und englischen Nahrungsorgen.

WTB. **Berlin**, 14. Juli. **(Telegr.) Zur bevorstehenden Brotrationierung in Frankreich** schreibt die „Liberte": **In keinem anderen Lande ist das Brot so sehr wie bei uns die Hauptnahrung, in gewissen Gebieten und an bestimmten Tagen sogar die einzige Nahrung. Eine Broteinschränkung bei den Bauern und Arbeitern bedeutet nicht nur eine Herabsetzung ihrer Kraft, sondern (Zensurlücke). Der Artikel schließt: Rührt nicht an das Brot! Keine Regierung in Frankreich hat das je gewagt.**

WTB. **London**, 13. Juli. **(Telegr.)** Der Ernährungsminister hat **jeglichen Handel mit Getreide der Ernte 1917 verboten, ebenso mit Kartoffeln, ausgenommen die frühesten Sorten.** Alle bisher abgeschlossenen Kaufverträge werden für nichtig erklärt, ausgenommen die besonders genehmigten.

Der Tagesbericht der deutschen Heeresleitung.

21 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon abgeschossen.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. Juli. (Telegr.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der Küste setzte gegen Abend starkes Feuer gegen unsere neuen Stellungen ein. Nachts bei Lombartzyde vorbrechende englische Angriffe brachen verlustreich in unserer Abwehrwirkung zusammen.

Auch östlich und südöstlich von Ypern sowie in einigen Abschnitten der Artois-Front war der Artilleriekampf lebhaft.

Bei Vorfeldgefechten nordwestlich von St. Quentin wurde eine Anzahl Engländer und Franzosen gefangen eingebracht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zwischen Soissons und Reims nahm die Feuertätigkeit zu. In der westlichen Champagne und auf dem linken Maasufer blieb der Artilleriekampf bis zum Einbruch der Dunkelheit stark. Erkundungsvorstöße der Franzosen wurden an mehreren Stellen abgewiesen.

Südlich des Bois Soulains (nördlich von Reims) setzten sich unsere Sturmtrupps in den Besitz französischer Grabenstücke und hielten sie gegen mehrere Gegenangriffe.

Südwestlich von Somme-Py vereitelte unser Feuer einen sich vorbereitenden feindlichen Vorstoß.

Am Walde von Avocourt wurden von unseren Aufklärern Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In der Lothringer Ebene waren die Artillerien tätiger als sonst.

Am Westhange der mittleren Vogesen verliefen eigene Erkundungen erfolgreich.

*

21 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon wurden gestern im Luftkampf und durch Abwehrfeuer zum Absturz gebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Bei Dünaburg und Smorgon hält die rege Gefechtstätigkeit an.

In Ost-Galizien war das Feuer nur im Abschnitt von Brzezany lebhaft. Starker Regen beeinträchtigte auch südlich des Dnjestr die Kampfhandlungen; dort kam es nur südlich von Kalusz zu örtlichen Zusammenstößen.

Bei den übrigen Armeen und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Der österreichische Tagesbericht.

WTB. **Wien, 14. Juli. (Telegr.)** Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Kalusz kam es gestern zu mehrfachen Kämpfen. Die Gefechtslage ist unverändert. Nördlich des Dnjestr trat an mehreren Stellen der galizischen Front und in Wolhynien beiderseits die Artillerie stärker in Tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Küstenland und an der Tiroler Front mäßiges Geschützfeuer. Staatsfeldwebel Kiß schoß bei Cevico im Luftkampf sein sechstes italienisches Flugzeug ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Sehr ernste Lage in Kiew.

Tu. **Krakau**, 14. Juli. **(Telegr.)** Der Krakauer „Czas" bringt die sensationelle Nachricht, **in Kiew, der Hauptstadt der Ukraine**, habe die **allgemeine Unzufriedenheit** wegen der Ablehnung der ukrainischen Wünsche seitens der russischen Regierung eine solche Gärung im Publikum hervorgerufen, daß **der Kongreß der Ukraine beschlossen hat, ein Ultimatum nach Petersburg zu senden, in dem die Anerkennung der ukrainischen Republik mit 12 Gouvernements und eigenem Heere gefordert wird.** Die allgemeine Lage ist sehr ernst, sodaß sehr viele Russen schon die Stadt Kiew verlassen haben, um der Internierung zu entgehen.

Der türkische Hauptbericht.

WTB. **Konstantinopel**, 14. Juli. **(Telegr.)** Amtlicher Bericht vom 13. Juli: **Kaukasus-Front:** Die feindliche Patrouillentätigkeit sowie das gegenseitige Artillerie- und Infanterie-Feuer waren an mehreren Stellen der Front lebhafter wie bisher. Stärkere feindliche Abteilungen, die bei Kos el Basal und Abu Saisem vorgingen, zogen sich gegen Abend wieder zurück. Am 12. Juli wurden nur feindliche Erkundungskompagnien beobachtet. — Schweres feindliches Artilleriefeuer richtete sich auf die **Gegend von Gaza.**

Was unsere Gegner berichten!

WTB. **Französischer Bericht vom 13. Juli, abends:** Ziemlich heftige Artillerietätigkeit in der Gegend südöstlich von St. Quentin und südlich von Filain, besonders in der Richtung auf Royère. Die beiderseitige Artillerie war ebenfalls tätig in den Argonnen und auf beiden Maasufern. Heute beschossen die Deutschen heftig Reims; 1600 Bomben fielen auf die Stadt nieder. In der Nacht zum 10. Juli wurden zehn deutsche Flugzeuge durch unsere Flugzeuge zum Absturz gebracht, acht durch Luftkämpfe, zwei durch Maschinengewehrfeuer. Acht weitere feindliche Flugzeuge fielen innerhalb der feindlichen Linien mit schweren Beschädigungen nieder. — **Belgischer Bericht:** Im Laufe der Nacht beschoß der Feind heftig die Gegend von Steenstraate und richtete starkes Feuer auf die Verbindungslinien. Tagsüber die gewöhnliche Artillerietätigkeit; einige Bomben gingen auf die Gegend von Woesten nieder. — **Orientbericht vom 12. Juli:** Der Feind machte eine Streife gegen die englischen Stellungen in der Richtung auf Prowo, östlich des Doiransees. Auf der übrigen Front Ruhe.

WTB. **Französischer Bericht vom 13. Juli, nachmittags:** Während der Nacht Artilleriekampf, besonders lebhaft in der Gegend von St. Quentin, von Pathéon und auf den beiden Ufern der Maas. Feindliche Handstreiche östlich des Märtyrer-Vorsprungs, bei: Gehölz Swalet, bei der Höhe 304 und beim Gehöft von Laurieres scheiterten sämtlich in unserem Feuer.

WTB. **Englischer Bericht vom 13. Juli, nachmittags:** Wir griffen nachts feindliche Gräben südlich Hulluch und südöstlich von Ypern an und machten einige Gefangene. Feindliche Streifabteilungen wurden südöstlich Gavrelle, nahe bei Ypern, am Commines-Kanal und östlich Nieuport zurückgeschlagen.

Englisches Großlinienschiff in die Luft geflogen

WTB. **London**, 13. Juli. **(Telegr.)** Meldung des Reuterschen Bureaus: **Das Großlinienschiff „Vanguard" ist in der Nacht zum 9. Juli, während es vor Anker lag, in die Luft geflogen und sofort gesunken. Die Ursache des Unglücks ist eine innere Explosion. Gerettet wurden nur zwei Mann und ein Offizier; letzterer ist inzwischen gestorben. 95 Mann von der Mannschaft waren zur Zeit der Explosion nicht auf dem Schiff. Eine Untersuchung ist angeordnet worden.**

WTB. **London**, 13. Juli. **(Telegr.)** Im ganzen sind von der Mannschaft des „Vanguard" 97 Mann am Leben, welche Zahl an Offizieren und Mannschaften an Land war, als die Explosion eintrat.

(Das Großlinienschiff „Vanguard" ist im Jahre 1909 von Stapel gelaufen und hatte bei voller Ausrüstung einen Verdrang von 23 350 Tonnen. Die etatsmäßige Besatzung des Schiffes betrug im Frieden 870 Mann, es sind also bei seiner Explosion **mindestens 800 Mann umgekommen.** Der „Vanguard" führte u. a. zehn 30,5- und achtzehn 10,2 Zentimeter-Geschütze. In der englischen Meldung über die Vernichtung des Schiffes wird nicht gesagt, wo diese erfolgte. Daß wirklich eine „innere Explosion", also wie angeblich seiner Zeit bei dem Untergang des „Bulwark", die Ursache war, muß man bis auf weiteres bezweifeln.)

Der U-Bootsbericht.

WTB. **Berlin**, 13. Juli. **Amtlich.**

Im Englischen Kanal und in der Nordsee wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 6 Dampfer, 2 Segler und 7 Fischerfahrzeuge versenkt.

Darunter befanden sich: der englische Dampfer „Solway Prince"; der englische Motorschoner „Ariel", mit Paraphin, Naphta und Kohlen; der bewaffnete französische Dampfer „Marguerithe"; ein durch Flieger und Bewachungsfahrzeuge gesicherter, bewaffneter Dampfer, von mindestens 6000 Tonnen; ein mittelgroßer Dampfer mit Papier, Papiermasse, Gruben- und beschnittenem Holz, der aus einem Geleitzuge herausgeschossen wurde; ein Dampfer, der die Nummer 54 an der Bordwand führte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

WTB. **Rotterdam**, 14. Juli. **(Telegr.)** Nach dem „Maasbode" ist das **französische Schiff „Artois"**, 439 Tonnen, vor dem Hafen von Le Havre **auf ein Wrack gelaufen und gesunken.**

*

Die amerikanischen Ausfuhrbeschränkungen.

WTB. **Washington**, 13. Juli. **(Telegr.)** Die amerikanischen Eisenbahnen haben ihren Vertretern im ganzen Lande telegraphiert, daß **die Ausfuhrsperre** für alle in dem Erlaß Wilsons genannten Waren unverzüglich durchgeführt werde, **abgesehen von** besonderen Ausfuhrbewilligungen.

WTB. **Washington**, 13. Juli. **(Telegr.)** „Central News" melden: Die Ausfuhrbeschränkungen sollen demnächst auch **für Baumwolle** gelten.

*

Die amerikanische Industrie.

WTB. **Washington**, 12. Juli. **(Telegr.)** Meldung des Reuterschen Bureaus: Kriegssekretär Baker teilt mit, daß mit Vertretern der amerikanischen Stahlindustrie eine Uebereinkunft geschlossen worden sei, wonach die **gesamte Produktion der Industrie der Regierung zu Kriegszwecken** zu bestimmten Preisen **zur Verfügung gestellt wird.**

Amerikanische „Werbetätigkeit" — in der Schweiz!

BB. **Bern**, 13. Juli. Das „Berner Tagblatt" meldet, daß eine rege amerikanische Werbetätigkeit in der Schweiz eingesetzt hat. Die Bürger von Bern erhielten in letzter Zeit in geschlossenen Briefumschlägen Flugblätter zugesandt, die das Bildnis Wilsons trugen. Das amerikanische Werbeblatt will den Schweizern Amerikas kriegerische Macht zu Lande und zu Wasser vorführen. Der Titel lautet: „Die Vereinigten Staaten — Deutschlands letzter Feind." Darüber steht als Leitspruch ein Satz aus einer Kriegsrede Wilsons gegen Deutschland.

Sonstige Meldungen.

WTB. **Bern**, 13. Juli. **(Telegr.)** Die Regierung hat dem König einen Erlaß über **die Einberufung der im Mai 1915 gewählten Kammer** unterbreitet.

*

Eine Absage an Venizelos.

WTB. **Konstantinopel**, 14. Juli. **(Telegr.)** Da die holländische Gesandtschaft mit Rücksicht auf die große Zahl der in der Türkei lebenden Hellenen und wegen des unzureichenden Personalstandes der holländischen Gesandtschaft sich außerstande erklärte, **den Schutz der Hellenen in der Türkei zu übernehmen**, wandte sich die Athener Regierung, nach hier eingetroffenen Meldungen, **an die persische Regierung.** Die persische Regierung möge die hiesige persische Gesandtschaft anweisen, **vorläufig den Schutz der Hellenen zu übernehmen**, bis der abgereiste griechische Gesandte die Frage der Uebernahme des Schutzes der griechischen Interessen in Bern mit der dänischen Regierung gelöst habe. **Die persische Regierung hat diesen Vorschlag nicht angenommen.**

Der Kampf um Peking.

WTB. **Schanghai**, 13. Juli. **(Telegr.)** Meldung des Reuterschen Bureaus: Um 4 Uhr morgens griffen die Republikaner Peking an, wobei sie Artillerie, Maschinengewehre und Flieger benutzten. 6 Fremde wurden verwundet, **3000 Mann kaiserliche Truppen gefangen.**

Nach einer späteren Meldung aus dem republikanischen Hauptquartier wurden die 3000 Mann nach zweistündigem Kampfe im Himmelstempel gefangen. General Tschanh-Sun flüchtete in die niederländische Gesandtschaft. Der Kampf mit dem Rest der kaiserlichen Truppen geht in der verbotenen Stadt weiter, wo ein großer Brand wütet.

Tu. **Amsterdam**, 14. Juli. **(Telegr.)** Die „Times" erfährt aus Petersburg: Nach einer Beschießung von Peking, die neun Stunden dauerte, hörte das Feuer auf. Tschang-Sun, der monarchistische General, befindet sich in der niederländischen Gesandtschaft. Er hat seinen Leuten versprochen, sich zu ergeben. Verschiedene Fremde haben Verwundungen erlitten. Der sonstige Schaden ist unbedeutend.

Zum Kanzlerwechsel.

⊕ Berlin, 13. Juli.

Jetzt war die Personenfrage wieder brennend geworden, nachdem in sachlicher Hinsicht durch den königlichen Wahlrechtserlaß eine gewisse Entspannung eingetreten war.

Hindenburg und Ludendorff wurden wieder nach Berlin berufen. Als sie vor einer Woche hier weilten, da konnte man die Heerführer noch als Stützen der gegenwärtigen Reichsleitung betrachten. Die Zurückberufung hat ein anderes Gesicht, namentlich im Zusammenhang mit dem Entlassungsgesuch des Kriegsministers v. Stein. Wenn die Harmonie zwischen den militärischen Führern und dem politischen Führer nicht mehr vollkommen war, so verlor freilich Herr von Bethmann Hollweg seine wertvollste Stütze.

Einen Ausgleich zu seinem Gunsten konnte allenfalls ein durchschlagendes Vertrauensvotum des Reichstags geben, aber das war nach den jüngsten Verhandlungen kaum noch zu erwarten. Zu den alten Feinden des Herrn von Bethmann Hollweg haben sich neue Feinde oder wenigstens Zweifler gesellt, und die alten Freunde sind zum großen Teile lässig und zaghaft geworden.

Herr v. Bethmann Hollweg ist eigentlich kein Löwe, aber auf einen großen Teil der Angriffe, die jetzt gegen ihn gerichtet werden, paßt doch der Vergleich mit den Fußtritten des Esels gegen den sterbenden Löwen. Die scharfe Kritik, die an dem scheidenden Kanzler kein gutes Haar lassen will, ist ungerecht, da sie von persönlichen und parteipolitischen Vorurteilen beherrscht wird, und dabei ist sie vielfach unvorsichtig, da doch die Hauptsache noch im Dunkeln liegt, nämlich die Nachfolge.

Man sagt, Herr v. Bethmann Hollweg sei seinen eigenen Schwächen und Fehlern zum Opfer gefallen. Jeder Staatsmann ist ein Mensch, der Schwächen hat und Fehler macht; auch Fürst Bismarck war kein unfehlbarer Uebermensch. Ueber die Schwierigkeiten, die aus seiner Eigenart von Zeit zu Zeit erwuchsen, halfen ihm die ungeheueren Erfolge hinweg, die seinen Ruhm begründet haben. Nicht jeder Staatsmann kann so außerordentliche Erfolge pflücken; dazu gehört erstens eine Riesenkraft, die nur selten beschieden ist, und weiter auch ein großes Glück, denn die Erfolge eines Staatsmannes hängen nicht allein von seiner persönlichen Tätigkeit ab, sondern wesentlich von der Gesamtentwicklung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte des eigenen Landes im Gegenspiel zu den Kräften des Auslandes.

Wenn der gegenwärtige Krieg sich viel länger hinzieht, als die Kriege in der Bismarckzeit, und die Erringung eines durchschlagenden, vollen Sieges so sehr schwierig wird, so muß der leitende Staatsmann darunter leiden, mag er auch an den Enttäuschungen und Hemmnissen nur wenig oder vielleicht gar keine Schuld tragen. „Ein anderer hätte es besser gemacht", — das läßt sich leicht sagen, aber schwer beweisen.

Tritt ein Staatsmann zurück, weil in seiner Amtszeit viele Hoffnungen unerfüllt geblieben sind, so ist auch das noch kein Beweis für sein Verschulden, oder auch nur für seine Unzulänglichkeit. Wer unter den Verhältnissen von gestern vollständig am Platze war, kann unter den Verhältnissen von heute einen anderen Mann für besser geeignet halten. Wer in der Vergangenheit sich verdient gemacht hat durch seine Tätigkeit, kann für die Zukunft sich verdient machen durch seinen Ruhestand. Der Personenwechsel an der Spitze eines modernen Staates ist zeitweilig eine naturgesetzliche Notwendigkeit.

Aus dem jetzt erfolgten Kanzlerwechsel ergibt sich eine Entlastung für das Vergangene, da der Nachfolger nicht an jedes Wort und jede Handlung des Vorgängers gebunden ist. Aber demgegenüber steht die Belastung für die Zukunft: man weiß nicht, wer kommt und wie der neue Mann die Erbschaft verwalten wird.

In Reichstagskreisen ist geltend gemacht worden, Herr v. Bethmann Hollweg sei infolge der Belastung durch die voraufgegangenen Ereignisse nicht der geeignetste Mann zur Führung der Friedensverhandlungen. Wie herzlich wünschen wir alle, daß die Friedensverhandlungen bereits morgen begännen und übermorgen glücklich beendet wären! Aber soweit sind die Dinge leider noch nicht gediehen, und wer nur von dem Gesichtspunkte der Friedensdiplomatie sich leiten läßt, hätte Herrn v. Bethmann Hollweg noch eine weitere Frist gönnen können.

Gegenwärtig steht nicht der grüne Tisch des Friedenskongresses im Vordergrund, sondern noch das blutige Feld des Kampfes. Durchhalten und Siegen — das ist die Forderung des Tages. Damit steht es auch im Einklang, wenn die Heerführer abermals nach Berlin kommen und an den entscheidenden Beratungen teilnehmen. Die innerpolitische Entwicklung spielt freilich auch eine große Rolle, aber auch sie ist sozusagen den Kriegsgesetzen unterworfen, da es wesentlich darauf ankommt, die inneren Verhältnisse so zu gestalten, daß jede Störung der Eintracht, der Hilfsdienstarbeit und der zähen Ausdauer des ganzen Volkes hintangehalten wird.

Das Ausland wird den Personenwechsel zunächst als Schwächezeichen betrachten wollen. Hoffen wir, daß bald der neue Reichsleiter im Verein mit den Heeresleitern den handgreiflichen Gegenbeweis führt!

*

Die Kriegszielerklärung.

Berlin, 13. Juli. Die Kriegszielerklärung, die von der Mehrheit des Reichstages eingebracht werden soll und die allerdings inzwischen mehrfache Abänderungen erfahren hat, hatte noch vor kurzem, wie der „L.-A." mitteilt, folgenden Wortlaut:

An der Schwelle des vierten Kriegsjahres erklärt der Reichstag: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch heute noch der Satz: Uns treibt nicht Eroberungssucht; zur Verteidigung der freien Selbständigkeit und Unversehrtheit seines territorialen Bestandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Unter Ablehnung des Gedankens an erzwungene Gebietserwerbungen erstrebt der Reichstag einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Ebenso weist der Reichstag alle Pläne zurück, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Unterbindung der Völker nach dem Frieden ausgehen. Nur der wirtschaftliche Friede mit der Freiheit der Meere und der Beendigung des Krieges werde einem dauernden freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Von diesen Erwägungen und Zielen geleitet, wird der Reichstag tatkräftig die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen fördern. Solange aber die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden zurückweisen und Deutschland und seinen Verbündeten mit Erwerbungen und Vergewaltigungen drohen, ist das deutsche Volk entschlossen, unerschütterlich zusammenzustehen und auszuharren zur Verteidigung seines und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung. Das deutsche Volk weiß, daß es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist.

*

Schwedische Stimmen.

WTB. Stockholm, 13. Juli. Die Nachricht von der Einführung des gleichen Wahlrechts für Preußen macht hier großen Eindruck. Die Abendzeitungen veröffentlichen sie an leitender Stelle in Fettdruck. Alle Zeitungen sprechen ihre Zustimmung aus. So schreibt „Nya Dagligt Allehanda": Der Kaiser weist auf seine Osterbotschaft hin. Diese enthielt keine bestimmten Versprechungen, sondern eher eine Mahnung an die Parteien. Jetzt hat die Zeit jene Einigkeit zwischen den verschiedenen Gruppen geschaffen, die die Voraussetzung für die glückliche Durchführung der Neuordnung bildet. Sie umfaßt ja viel mehr als die Stimmrechtsreform in dem Einzelstaat Preußen. Aber da dieser zwei Drittel von Deutschland ausmacht und das am meisten veraltete Wahlrecht hatte, so dürfte noch manches als Frucht der durchgreifenden Reform folgen. Auch die ausgesprochen ententefreundliche Zeitung „Aston Tidningen" macht aus ihrem freudigen Beifall kein Hehl. Sie erklärt in einem Leitartikel u. a.: So wurden der Ernst der Prüfungen und der alle Kräfte anspannende Lebenskampf zum großen Staatsrechtslehrer. Als reife Frucht ist die Selbstregierung dem Volke zugefallen und der Parlamentarismus ist aus dem Zwang der schweren Zeit als einzige Möglichkeit unter den verschiedenen Formen des Zusammenarbeitens hervorgegangen.

Die französische Presse zur preußischen Wahlrechtsänderung.

WTB. Bern, 14. Juli. (Telegr.) „Petit Parisien" schreibt: Wenn wirklich das gleiche Wahlrecht angenommen und die Zahl der Abgeordneten nach der Zahl der Bevölkerung festgesetzt würde, würde die Mehrheit des Landtages wahrscheinlich an die Sozialdemokraten übergehen. Im allgemeinen bleibt die Lage Deutschlands verwirrt, für die Zukunft kann man aber keine Voraussage wagen.

„Debats" sagt: Man spricht noch nicht von einem allgemeinen Wahlrecht; es kann mancherlei Einschränkungen unterworfen werden, ferner wird es erst nach dem Kriege in Kraft treten. Ueber die Konservativen schreibt das Blatt: sie stehen am Anfang ihrer Leiden, vielleicht sind sie erst in ihrer Eigenliebe bedroht, bald aber werden sie es an ihrem eigenen Lebensquell sein. Sie wollten Deutschland russifizieren und die Welt germanisieren; das erste gelang ihnen, für das andere werden sie den Bankerott anmelden müssen.

„Echo de Paris" hebt hervor, daß zum ersten Male der neue Parlamentsblock bei der Abstimmung seine Existenz bekräftigt habe.

Das Schlagwort „Demokratie" im Weltkriege.

Ueber den Mißbrauch, der in Ententekreisen mit dem Begriff der Demokratie namentlich seit Ausbruch der russischen Revolution und der Einmischung Amerikas getrieben wird, finden sich in der holländischen Wochenschrift „De Amsterdamer" folgende Aeußerungen: „Nicht die bürgerliche Demokratie, sondern die proletarische hat in Rußland das Staatsruder ergriffen und hat — bis jetzt wenigstens — den Herren Buchanan und Miljukow einen gewaltigen Strich durch die Rechnung gemacht. Seitdem findet die Losung „Für die Demokratie" und „Gegen die Autokratie" starken Beifall in der Kriegführung. Und obwohl die Welt nun einmal auf dem Kopf steht, ist es doch noch verwunderlich, daß Amerika mitschreit in dem Chore derer, die angeben, daß sie den Krieg „um der Demokratie willen" führen. Sollte Europa mit einer Demokratie gesegnet werden, wie man sie in den Vereinigten Staaten aufgefaßt hat, dann wird der Siege dieser Demokratie keine andere Bedeutung haben, als daß die ausgesprochenste Plutokratie unter einem anmutigen und frommen Schein die Oberherrschaft über die Welt ergreift. Daß eine bürgerliche Republik keine Sicherheit gegen gefährliche imperialistische koloniale Abenteuer bietet, zeigt das Beispiel Frankreichs. Der Kampf, den ein Jean Jaurès zehn Jahre bis zu seinem Tode gegen die Politik seines eigenen Landes geführt hat, ist wohl der überzeugendste Beweis dafür. Die amerikanische „Demokratie" ist lediglich ein politisches System, das durch Geld, und zwar allein durch Geld, zerrüttert worden ist. Und die sogenannte Freiheit dieses Landes gilt nur für eine bestimmte, außerordentlich kleine Gruppe von Trust- und Bankmagnaten und ihre Trabanten. Die große Masse dagegen, die in den meisten Staaten Amerikas tatsächlich ohne nennenswerten rechtlichen Schutz dasteht, wird auf die unbarmherzigste Weise früh ausgenutzt und dann beiseite geschoben. Ebensowenig wie Amerika und Frankreich besitzt England das Monopol der Demokratie. Wer in diesem Kriege ein Ringen zwischen Demokratie und Autokratie erblickt, irrt sich selber im Charakter dieses Krieges oder läßt sich durch andere irreführen."

Gegen die heuchlerische Politik Kerenskis.

Die russische Zeitung „Wolna" bringt einen scharfen Artikel gegen die auswärtige Politik des pseudodemokratischen Rußlands, in dem es ironisch heißt: „Offenbar ist die Zeit der „Selbstbestimmungen" gekommen. Eben hat sich Albanien mit Hilfe Italiens „selbstbestimmt", mit Eifer wird nunmehr Griechenland von Frankreich und England (nebenbei gesagt, unter Beteiligung russischer Truppen; was halten davon Bürger Kerenski und seine Anhänger?) „selbstbestimmt"; ganz unerwartet ist jetzt ferner die „Selbstbestimmung" Persiens aufgetaucht. Die räuberische Politik des Zarismus in Persien ist zur Genüge bekannt. Gemeinsam mit den englischen Kapitalisten trennte die Regierung Nikolaus' II. Persien in zwei sogenannte „Einflußsphären". Der Süden fiel den Engländern, der Norden den Russen zu. Die durch heldenhaften Kampf eroberte Freiheit des persischen Volkes wurde schnell von den russischen Strafexpeditionen unter Führung des Obersten Ljachow unterdrückt (jetzt General; derselbe, der in den Jahren 1914-15 die Ausrottung der muselmännischen Bevölkerung jenseits des Kaukasus organisierte; dieses Tier bleibt vermutlich auf seinem Posten, denn man hört weder von seiner Absetzung noch von einem gerichtlichen Verfahren gegen ihn). Die Teilung Persiens war faktisch vollzogen, und ein Wirtschaften der russischen und englischen Räuber setzte nun ein. So lagen die Dinge zur Zeit des Zarismus. Nun kam die große russische Revolution. Feierlich wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet. Man hätte annehmen können, daß die verbrecherische zaristische Politik in Persien nun unverzüglich liquidiert werden müßte. Dem war aber nicht so. Vor wenigen Tagen ist dem Exekutivausschuß des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats ein Schreiben des demokratischen Komitees „Mutaraktion Iranian" zugegangen. Darin wird erklärt, daß in der Lage Persiens keine Aenderung eingetreten sei, und daß sogar vor kurzem gleichzeitige Erklärungen der russischen und der englischen Botschafter abgegeben wurden, wonach der Kurs der russisch-englischen Politik, ungeachtet des neuen Regimes in Rußland der gleiche bleibe. Das russische demokratische Komitee richtet die Bitte an den Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat, die Aufhebung des englisch-russischen Abkommens über Persien vom Jahre 1907, das der Freiheit und Unabhängigkeit des 14 Millionen zählenden persischen Volkes ein Ende bereitete, durchzusetzen. Somit liegen also noch eine Komödie der „Selbstbestimmung", noch eine räuberische Abmachung des Zarismus vor, die nicht nur nicht aufgehoben, sondern sogar von der provisorischen Regierung bestätigt wurde. Bis jetzt haben sich mit der „Selbstbestimmung" der kleinen Nationen italienische, französische und englische Kapitalisten beschäftigt. Das ist insofern begreiflich, als daß sie die Deklaration von einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen nicht unterzeichnet haben. Allein die provisorische Regierung Rußlands, sollte man meinen, und noch dazu unter Teilnahme „sozialistischer Minister", gehört doch nicht zu ihnen! In Wirklichkeit verhält es sich aber so. Und während Kerenski sich mit hysterischem Geschwätz, mit Strafexpeditionen und der Organisation des Bürgerkrieges an der Front beschäftigt, fährt Bürger Tereschtschenko zu gleicher Zeit fort, Persien im Sinne des Zarismus in aller Ruhe zu „selbstbestimmen".

Das russische Volk gegen die Offensive.

WB. Berlin, 13. Juli. Ueber die Beurteilung der Offensive hinter der russischen Front, insbesondere in Petersburg, erhält der Stockholmer Korrespondent des „Berl. Lok.-Anz." ausführliche Nachrichten. Danach verursachten die Erfolge in den letzten 14 Tagen keinen Stimmungsumschwung zugunsten der Fortsetzung des Krieges, obwohl die bürgerliche Presse alles tut, um die Geländegewinne zu Siegen aufzubauschen. Irgendwelche Demonstrationen für die Weiterführung der Offensive fanden in den Großstädten nicht statt, offenbar aus Furcht vor Ausschreitungen der Kriegsgegner. Die in den letzten Tagen in den Hauptstädten eingelaufenen Nachrichten über ungeheure russische Verluste, die nur mit den allergrößten Niederlagen vergleichbar seien, veranlaßten vielerorts Ausschreitungen gewaltsamen Charakters, die später von der Kriegspresse den Bolschewiki zugeschrieben werden, obwohl sie offenbar unbeeinflußte Aeußerungen waren. In zahlreichen Städten wurden die an die Front abgehenden Soldaten mißhandelt. In Moskau herrscht nach „Russkoje Slowo" eine besondere Wut auf das Fliegerkorps. Von der Bevölkerung wird auf die über der Stadt kreisenden russischen Flieger geschossen. Ein Unbekannter schoß kürzlich den Aeroplan des Fliegerlehrers Poliakow ab und verwundete Poliakow gefährlich. Ueber die Stimmung an der Front veröffentlicht „Iswestija", das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, 122 inhaltreiche Briefe, die den dort wachsenden Widerstand gegen die Opfer an Menschenleben zeigen. Als Kerenski vor dem Angriff zu zwei Garderegimentern sprach, wurde plötzlich eine Fahne mit der Inschrift entfaltet: Es lebe die Internationale, Krieg bis zum Sieg über die Bourgeoisie! Die überwiegende Mehrheit der Briefe, sagt „Iswestija", ist erfüllt von Sehnsucht nach baldigem Frieden, alle fordern die Beendigung des Mordens. Die Armee brauche den Krieg nicht, er sei nur den Kapitalisten nötig, die ihn entfesselt haben, um die Waren teurer zu verkaufen. Die provisorische Regierung setze den Krieg fort, um das Volk auszurotten. Niemand glaubt an der Front, daß das Hinterland den Krieg will. Den Krieg weiterführen, bedeutet die Freiheit verlieren. Ein annexionsloser Friede macht die Fortsetzung des Krieges überflüssig. Tiefe Enttäuschung wird darüber ausgesprochen, daß der Delegiertenrat nicht schon, wie erwartet, den Krieg im Juni beendete. Das Petersburger Maschinengewehr-Regiment forderte auf die Nachricht vom Beginn der Offensive zum Angriff auf die Regierung auf. Nach „Nowaja Schisn" schlossen sich das Moskauer Regiment und das Pawelsche Regiment (frühere Leibgarde-Regimenter) dieser Forderung an. Die Arbeiter der Putilow-Werke, 20 000 Mann, erklärten sich mit den aufrührerischen Regimentern solidarisch. Ueber die Bürgerkreise läßt sich sagen, daß nur ein geringer Teil imperialistische Pläne beibehält. Die Mehrheit der ruhig arbeitenden Bevölkerung erwartet den Eintritt der Ruhe ausschließlich von einem Frieden.

Ein Wahlsieg der Sozialrevolutionäre.

WTB Rotterdam, 14. Juli (Telegr.) Nach dem „N. R. C." meldet „Daily News" aus Petersburg, daß bei den Gemeinderatswahlen in Moskau die Kadetten nur 10 Prozent der Stimmen erhalten haben, die Sozialrevolutionäre aber mehr als die Hälfte.

Städtisches.

Münster, 14. Juli.

+ **Aus dem Justiz-Ministerialblatt.** Zum Gerichtsassessor ernannt: der Referendar Max Russell im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm.

♁ **Von der Universität.** Um den Kohlenverbrauch einzuschränken, ist höhern Orts für die preußischen Landesuniversitäten und die Akademie in Braunsberg folgende Maßnahme für das kommende Winterhalbjahr getroffen worden: 1. die Vorlesungen an den Landesuniversitäten und der Akademie in Braunsberg beginnen am Montag, den 1. Oktober 1917, und schließen am Samstag, den 2. Februar 1918. 2. Die Weihnachtsferien beginnen am Samstag, den 22. Dezember 1917, und endigen am Mittwoch, den 2. Januar 1918. 3. Die Immatrikulationen finden in der Zeit vom Montag, den 17. September, bis Samstag, den 6. Oktober 1917, statt. Die Annahme der Vorlesungen durch die Studierenden erfolgt in der Zeit vom 17. September bis 13. Oktober 1917.

□ **St. Elisabeth-Frauen- und Jungfrauenverein.** Die wirkenden Mitglieder werden dringend gebeten, sich am Montag recht zahlreich einzufinden, auch die jüngeren Damen, da Wichtiges mitzuteilen ist.

× **Diebstähle.** In der Nacht zum Samstag drangen Diebe in das Geschäft des Uhrmachers Kindermann auf der Neubrückenstraße ein. Sämtliche ausgestellten Sachen wurden entwendet. Der Geschäftsinhaber steht im Felde. — Auf der Rozelerstraße wurden in vergangener Nacht durch Feldgendarmen zwei Frauen festgenommen, die auf dem Felde Kartoffeln, Wurzeln und Kappus gestohlen hatten. Die Verhafteten wurden der Polizei übergeben.

Kirchliches.

♁ **Münster**, 14. Juli. **Ernennung:** Kaplan Joseph Droishagen zu Emsdetten zum Pfarrer von Herten (St. Antonius).

P. **Thomas Esser** O. P. ist am Sonntag vom Kardinal Frühwirth, der bekanntlich aus dem Dominikanerorden hervorgegangen ist, in der inneren Kirche der Gesellschaft von Unserer Lieben Frau (Santa Maria) bei San Stefano in Rom zum Titularbischof von Sinides (Armenien) geweiht worden.

Provinzielle Nachrichten.

* **Bielefeld**, 13. Juli. Ein **Todesurteil** wurde gestern vom hiesigen Schwurgericht gefällt. Am 19. März ds. Js. wurde in dem benachbarten Dorfe Obergollenbeck die Eehefrau Reckstiegel, deren Ehemann sich seit zwei Jahren in englischer Gefangenschaft befindet, in ihrem Schlafzimmer am Bettpfosten erhängt aufgefunden. Die Begleitumstände ließen auf einen gewaltsamen Tod schließen und der Verdacht lenkte sich bald auf den 36 Jahre alten verheirateten Tischler Nolte aus Oberjollenbeck, von dem bekannt war, daß er mit der Frau B. ein Verhältnis unterhalten hatte. Nach anfänglichem Leugnen legte J. im Untersuchungsgefängnis ein Geständnis ab, das er heute wiederholte. Er hat danach die Frau umgebracht, weil sie sich weigerte, seinen Namen als Vater ihres kürzlich geborenen Kindes zu verschweigen.

* **Arnsberg**, 13. Juli. Die Generalversammlung der **Präsides der Jünglingsvereinigungen der Diözese Paderborn** fand am 11. d. M. unter Vorsitz des Diözesanpräses, Dechant Sandhage, in Arnsberg statt. Bischof Dr. Karl Joseph Schulte ließ durch den Dompapitular Dr. Rosenberg seine Segenswünsche übermitteln, der Regierungspräsident von Arnsberg war durch den Geheimen Oberregierungsrat Rahm vertreten. Zum Jahresberichte konnte mitgeteilt werden, daß der Diözesanverband von 458 Vereinen auf 467 und die Mitgliederzahl von 53 083 auf 56 092 gestiegen sei, trotz des Eingehens von drei Vereinen, die sich infolge des Krieges nicht mehr halten konnten. Generalsekretär Been berichtete über die Soldatenheimarbeit, die im vergangenen Jahre sich besonders dem Orient zugewandt hat. Im ganzen wurden dafür über 800 000 M aufgewandt, die zu einem Viertel aus heimatlichen Gaben der Mitglieder, im übrigen aus sonstigen Sach- und Geldspenden bestehen. — Referate hielten Herr Pfarrektor Könn (Köln) über die rechte Art des Sakramentenempfanges der Jugendlichen, Pfarrer Koch (Giershagen) über die Jugendpflege auf dem Lande und Kaplan Mohnen (Düsseldorf) über die von ihm geleitete Verbandszeitschrift Wacht. Sodann wurden mehrere Anträge behandelt und zum Beschluß erhoben. Zum Schlusse wies Generalpräses Mosterts auf die weittragende Bedeutung der vom Zentralvorstand beschlossenen Erweiterung der Verbandszentrale zu einer Jugendpflegeschule hin. Die zahlreichen und tiefgehenden Aufgaben der Jugendpflege erfordern durchgebildete Vereinsleiter, Vereinsvorstände, Abteilungsleiter und Helfer. Diese in gründlichen, ständigen Kursen zu schulen, sei der Hauptzweck der geplanten Einrichtung des Verbandshauses, zu der er die Mithülfe der Vereine erbat.

* **Bochum**, 13. Juli. Die Polizei nahm zwei **Schleichhändler** in Gerthe fest, die mit über 1½ Zentner Seife von Hagen kommend nach Dortmund fuhren. Die Seife war im Kettenhandel bereits durch vier Hände gegangen.

* **Essen**, 13. Juli. Wie der „Rh. Westf. Ztg." mitgeteilt wird, wurde ein **Kohlentransportausschuß in Essen** eingerichtet, der aus Vertretern der General-Betriebsleitung West des Feldeisenbahnchefs und der Schiffahrtsabteilung, sowie dem Unterkommissar des Reichskommissars für die Kohlenverteilung in Essen besteht. Diesem Ausschuß steht ein Beirat, gebildet aus den Vertretern der rheinisch-westfälischen Interessenverbände für Kohle, Eisen- und Reederei-Betriebe, sowie der zuständigen Eisenbahndirektion, zur Seite. Die Aufgaben des Ausschusses sind: a) Sicherstellung der Kohlen- und Kokszufuhr nach den von dem Reichskommissar ausgehenden Weisungen hinsichtlich der Dringlichkeit der Belieferung, b) Anpassung der Kohlen- und Koksverteilung an die Transportverhältnisse und jeweiligen Transportwege.

♂ **Düsseldorf**, 13. Juli. Auf Grund vielfacher Vorkommnisse macht der Oberbürgermeister öffentlich bekannt, daß es eine unrichtige Auffassung des Erzeugers sei, wenn er glaube, bei einem Warenverkaufe am Erzeugungsorte berechtigt zu sein, den Kleinhandelspreis zu fordern. Das würde dahin führen, daß die Ware überhaupt nicht in die Städte gebracht wird. Der Erzeuger kann nur dann von den Verbrauchern den Kleinhandelspreis verlangen, wenn er eine Mehrleistung über die ihm als Erzeuger ohne weiteres obliegende Beförderung zur nächsten Verladestelle und Verladung hinaus übernimmt, also auch dann, wenn er die Ware zum Markte bringt. — Erhebliche Mengen von Lebensmitteln aller Art sind in den jüngsten Tagen hier in zahlreichen Haushaltungen und Geschäften beschlagnahmt worden. Bei einem in der Nähe des Hauptbahnhofes wohnenden Kaufmann wurde für 10 000 M Toiletteseife vorgefunden. — Die vielgerügte, aber unausrottbare Unsitte, die Straßenbahnwagen während der Fahrt zu besteigen oder zu verlassen, hat hier binnen kurzer Zeit den vierten tödlichen Unfall herbeigeführt. Eine 50jährige Frau kam bei diesem Beginnen zu Fall, erlitt einen Schädelbruch und starb kurz nachher.

* **Köln**, 13. Juli. Eine **unglaubliche Geschichte** ist in Köln passiert. Dort beschlagnahmte die Polizei im Hause eines Privatmannes nicht weniger wie 3000 gehamsterte Eier. Hiervon waren höchstens noch 250 genießbar, die anderen waren faul und konnten nur noch als Schweinefutter verwendet werden. Die „Rheinische Zeitung" machte den Vorschlag, man müsse den Menschen, der die Eier gehamstert hat, auf den Neumarkt aufstellen und ihn von den Kölner Kriegerfrauen mit den 2750 faulen Eiern bombardieren lassen.

Vermischtes.

Kassel, 13. Juni. Der älteste aktive Gemeindebeamte nicht nur in Hessen, sondern wohl in ganz Deutschland dürfte jedenfalls der Polizei- und Gemeindediener Christoph Stumpf in dem hessischen Orte Gau-Köngernheim sein. Der brave Alte steht zurzeit im 95. Lebensjahr und versieht in dem hohen Alter neben dem Dienst als Polizei- und Gemeindediener noch die Geschäfte eines Feldschützen mit größter Gewissenhaftigkeit.

Frankfurt a. M., 13. Juli. Der aus Frankfurt gebürtige Rentner Meidinger in München, der jetzt gestorben ist, hat die Stadt Frankfurt zur Haupterbin eingesetzt, der damit etwa 350 000 M zufallen werden.

Wernigerode, 13. Juli. Beinahe 100 Jahre alt geworden ist der Altsitzer Heinrich Blettner in Backenstedt. Wenige Monate vor dem denkwürdigen Geburtstage ist er sanft entschlafen. Seit 1844 hat der Verstorbene in dem Orte gelebt.

Bromberg, 13. Juli. Im Dorf Rosen (Bezirk Bromberg) äscherte ein Brand fünf große Wirtschaften mit neunzehn Gebäuden ein. Beim Löschen entstand ein Streit, wobei der Besitzerssohn Loerke erschlagen wurde.

WTB. Augsburg, 14. Juli. (Telegr.) Heute morgen tötete der Kaufmann A. Hackler im Fremdenzimmer eines Gasthofes seine Ehefrau und seinen 3½jährigen Sohn und floh sodann.

WTB. Wien, 13. Juli. K. und K. Telegr.-Korresp.-Bureau: Das Kriegsministerium hat den zuständigen russischen Stellen den Vorschlag übermitteln lassen, es möchten diejenigen im neutralen Ausland untergebrachten Angehörigen beider Heere, welche als Kriegsuntaugliche anzusehen sind, ganz in die Heimat entlassen werden. Die russische Regierung hat diesen Vorschlag angenommen. Demnach ist damit zu rechnen, daß eine größere Anzahl bereits in Norwegen und Dänemark untergebrachter Krieger in die Heimat entlassen werden wird.

Genf, 13. Juli. Die „Neuen Zürcher Nachr." melden aus Paris: In der vorletzten Nacht entlud sich ein heftiges Gewitter über der französischen Hauptstadt, das gewaltigen Schaden anrichtete. Die Straßen im 15. und 16. Bezirk wurden danach überschwemmt. Ein großer Kohlenkahn im Seinefluß ist untergegangen. An vielen Stellen mußte die Feuerwehr eingreifen. Die Straßen wurden vielerort durch die Gewalt der Wassermassen zerstört, und durch den Sturm wurden zahlreiche Hausdächer beschädigt. Gärten verwüstet und Bäume entwurzelt.

Genf, 13. Juli. Laut Agence Havas betrug die **Einwohnerzahl Japans** auf Grund der Volkszählung Ende 1915 insgesamt 57 412 177.

Der Deutsche Techniker-Verband veranstaltete am letzten Sonntag in Düsseldorf eine Tagung seiner Kriegsvertrauensleute im Bezirk Rheinland-Westfalen. Aus 49 Orten waren Vertreter erschienen. Nach dem Verwaltungsberichte zählt der Verband noch 23 000 Mitglieder, von denen 14 500 zum Heeresdienste einberufen sind. Fast 1400 sind seit Kriegsbeginn auf dem Felde der Ehre geblieben. Das Verbandsvermögen hat sich namentlich durch Kursverluste seit dem Vorjahre um 25 000 M verringert auf 443 000 M. Aus Mitgliederkreisen wurden 248 500 M freiwillig aufgebracht und als Kriegshilfe für Familien im Felde stehender Kollegen verwendet. Die Versammlung beschäftigte besonders die gegenwärtige Lage der Techniker, wie sie durch das Hilfsdienstgesetz geschaffen wurde. Die andauernden, zum Teil recht erfolgreichen Bemühungen der Verbandsleitung, Härten des Gesetzes für die Angestellten zu mildern, fanden lebhafte Anerkennung. Ebenso sehr bedauerte man die ablehnende Haltung vieler Unternehmungen gegenüber den Angestellten-Ausschüssen, die man als einen der sozialen Fortschritte des Gesetzes betrachtet und erwartet, daß sie auch nach dem Kriege bestehen bleiben werden. Erörtert wurde die noch immer nicht erteilte Berechtigung zum einjährigen Militärdienst an die Absolventen der technischen Mittelschulen und der jetzt besonders unberechtigte Vorstoß der akademischen Techniker zur Monopolisierung des Ingenieur-Titels. Man war sich einig darüber, daß auf eine Zusammenfassung der Angestellten-Verbände hingewirkt werden müsse, um nach dem Kriege gemeinsam alle Fragen zu vertreten, die für eine gesicherte Lebenshaltung der Angestellten in Betracht kommen. In den Kreis dieser Betrachtungen müßten vor allem die Konsumentenfragen, die Wohnungsfrage, aber auch die Zoll- und Steuerfragen einbezogen werden.

Eine verdiente Lektion. Die „Lankwitzer Nachrichten" schreiben: Es gibt leider noch immer Frauen, die den Wucher unterstützen, indem sie sich zur Zahlung beliebig hoher Preise erbieten. An die Unrechte kam aber eine solche am letzten Markttage in Friedenau. Vor einem Gemüsestande erhandelt eine Frau Kohlrabi und ist eben auf den Preis von 2,75 M einig geworden. Da ruft eine „Dame" hinter ihr der Verkäuferin zu: „Lassen Sie mir die Kohlrabi; ich gebe Ihnen 3 M." Schon drehte sich die erste Käuferin um und gibt ihrer Konkurrentin links und rechts eine Ohrfeige mit den Worten: „So, nun zahlen Sie die Ohrfeigen auch gleich mit."

Liberia.

Frankfurt a. M., 13. Juli. Die „F. Z." berichtet aus Basel: Nach einer Information Reuters aus London beschloß die Regierung der Republik Liberia die Entfernung aller Deutschen und die Liquidation aller deutschen Geschäfte. Der Präsident der Republik ordnete an, die Deutschen möchten sich bereit halten, unverzüglich abzureisen, und er verbietet den liberischen Untertanen und Ausländern, das Amt von stellvertretenden Leitern der deutschen Unternehmungen zu übernehmen. Der spanische Konsul protestierte energisch gegen diesen Beschluß, wobei er erklärte, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen keineswegs zur Annullierung des Handelsvertrages Liberias mit Deutschland führe.

Handels-Nachrichten.

* **Der deutsche Zementbund** wird, einer Berliner Meldung zufolge, am kommenden Donnerstag zu einer Sitzung zusammentreten. Es wird eine Besprechung der geschäftlichen Lage der Zementindustrie stattfinden. Ferner wird die Verteilung des Zementbedarfs für Juli festgesetzt werden. Weiter werden von seiten des Deutschen Zementbundes jetzt im Hinblick auf gewisse der Zementindustrie gemachte Vorwürfe, sie habe angesichts der Preiserhöhung, ab 1. Juli, mit den Verladungen zurückgehalten, die Verladungen von Zement für den Juli mitgeteilt. Die Verladungen von Zement betrugen vom 27. Mai bis 2. Juni 57 752 Tonnen, vom 3. bis 9. Juni 74 306 Tonnnen, vom 10. bis 16. Juni 74 010 Tonnen, vom 17. bis 23. Juni 74 741 Tonnen, vom 24. bis 30. Juni 75 753 Tonnen. Damit beträgt die Zementverladung im Juni 350 562 Tonnen (gegen 320 451 Tonnen im Mai). Es sei also, worauf der Zementbund hinweist, ein Steigen der Verladungen wahrzunehmen.

* **Die Verhandlungen zur Bildung eines Stabeisenverbandes für das Inland** konnten, wie aus Düsseldorf berichtet wird, noch nicht zum Ziele geführt werden, da in der letzten Verhandlung dieser Woche mehrere Werke nicht vertreten waren. Die vertretenen Werke haben den vorliegenden Verbandsvertrag unterzeichnet. Noch außenstehenden neuen Werken wurde zur Beitrittserklärung eine Frist bis 15. August d. J. gesetzt.

* **Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütte, A.-G., Köln-Deutz.** Am 1. Juli hat Oberbürgermeister a. D. Haumann, wie die Verwaltung mitteilt, nach länger wie zehnjähriger überaus erfolgreicher Tätigkeit das Amt als Generaldirektor der Gesellschaft niedergelegt. An seiner Stelle wurde dem technischen Leiter des Unternehmens, Karl Große, die Stelle des Generaldirektors übertragen.

* **Die A.-G. A. Meyer u. Riemann, Chemische Fabriken in Lindau-Hannover**, erzielten in dem am 30. April 1917 beendigten Geschäftsjahr nach 138 545 (i. V. 148 512) M Abschreibungen einen Reingewinn von 128 206 (376 727) M, aus dem 8 (10) Prozent Dividende verteilt werden sollen.

* **Aus der internationalen Textilindustrie.** Der Rohstoffmangel in den skandinavischen Ländern hat sich in der letzten Zeit derart verstärkt, daß in absehbarer Zeit mit umfangreichen Betriebseinschränkungen in allen Zweigen gerechnet werden muß. Die Lage der spanischen und portugiesischen Textilindustrie soll geradezu verzweifelt sein. Sehr ernst wird die Lage im englischen Baumwollgewerbe beurteilt; schlechter sind auch die Aussichten des Wollgewerbes geworden. In der Schweiz werden Betriebseinschränkungen im Seidengewerbe befürchtet. Sehr kritisch lauten die Berichte aus dem italienischen Woll- und Baumwollgewerbe.

Stimmungsbild der Berliner Börse.

WTB. Berlin, 14. Juli. (Telegr.) In Erwartung der baldigen Klärung der innerpolitischen Lage bewahrte die Börse auch heute große Zurückhaltung. Der Kursstand für Montan- und Schiffahrtsaktien und türkische Werte war nach fester Eröffnung zumeist mäßig abgeschwächt, dagegen waren Rüstungs- und die meisten Industriewerte gut behauptet. Interesse zu höheren Kursen bestand für einige Werte des Kassa-Industriemarktes, wie deutsche Maschinen, sowie für russische Banken. Sonst nichts Neues.

Devisenkurse.

Berlin, 14. Juli. (Telegr.)

Telegraphische Auszahlungen für:

	Geld 13. 7.	Geld 14. 7.	Brief 13. 7.	Brief 14. 7.
Holland	279,75	279,75	280,25	280,25
Dänemark	196,50	196,50	197,00	197,00
Schweden	206,25	207,25	206,75	207,75
Norwegen	200,75	200,75	201,25	201,25
Schweiz	135,125	135,625	135,375	135,875
Oesterreich-Ungarn	64,20	64,20	64,30	64,30
Bulgarien	80,50	80,50	81,50	81,50
Türkei	20,05	20,05	20,15	20,15
Spanien	125,50	125,50	126,50	126,50

Stimmungsbild vom Berliner Getreidemarkt.

WTB. Berlin, 14. Juli. (Telegr.) Das Geschäft am Warenmarkt ist wenig lebhaft. Nachfrage nach Sämereien wie Seradella, Spergel, Inkarnatklee, Herbstrübensamen und anderen zur Zwischenfrucht geeigneten Arten hält an, fand aber nicht viel Material. Bei anderen Sämereien dreht es sich hauptsächlich um die Ablieferung früherer Kontrakte. Für Heu ruht das Geschäft, weil man sich über die neue Versorgung noch nicht klar ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor Warnecke, für den Anzeigen- und Reklameteil: Matthias Lückerath, beide in Münster.

BAD HOMBURG Magen-, Darm-, Leber-, Stoffwechselkrankheiten, Gicht, Rheuma, Herz-, Frauenl. Alle Arten Bäder u. Heilverf. Prosp. u. Auskünfte d. d. Kurverwaltg.